

Medienmitteilung des überparteilichen Komitees „Für bezahlbare Wohnungen“ anlässlich der Medienkonferenz vom 08.04.2014

Ein wichtiger Baustein für mehr bezahbaren Wohnraum in der Stadt Bern

Passend zur Initiative „Für bezahlbare Wohnungen“, über die das Berner Stimmvolk am 18. Mai 2014 abstimmen wird, hat heute die Medienkonferenz im Gemeinschaftsraum der volo-Siedlung, einer gemeinnützigen Siedlung, im Herzen der Stadt Bern stattgefunden. Fünf VertreterInnen von lancierenden Organisationen und Parteien haben erläutert, weshalb man am 18. Mai ein JA in die Urne legen sollte.

Um der akuten Wohnungsnot und den steigenden Mietpreisen in der Stadt entgegenzuwirken, haben verschiedene Organisationen und politische Parteien 2012 die Initiative „Für bezahlbare Wohnungen“ lanciert. Diese verlangt, dass auf einem Drittel der Um- und Neueinzonungen gemeinnütziger oder preisgünstiger Wohnraum erstellt werden muss.

An der heutigen Medienkonferenz haben Vertreterinnen und Vertreter von Mieterinnen- und Mieterverband (MV), SP Stadt Bern, Grüne Freie Liste (GFL), Wohnbaugenossenschaften Schweiz, Regionalverband Bern-Solothurn und des Grünen Bündnis (GB) teilgenommen. Laut Margrith Beyeler, Geschäftsleiterin MV Kanton Bern, liegt die Entwicklung der Mietpreise in der Stadt Bern deutlich über jener des Warenkorb der Konsumentenpreise. Die Initiative sei eine gute Möglichkeit, langfristig günstigen Wohnraum zu garantieren.

Edith Siegenthaler, Co-Präsidentin SP Stadt Bern ist überzeugt, dass Vorgaben für den Wohnungsbau etwas ganz Normales sind und es im Interesse aller ist, dass die Wohnbaupolitik gesteuert wird. Diese Eingriffe werden durch ein öffentliches Interesse genügend legitimiert. Dieser Meinung ist auch Lukas Gutzwiller, Stadtrat GFL. Er findet, dass die Initiative auch den Privaten Flexibilität bei der Umsetzung gewährt: sie können preisgünstige Wohnungen gemäss Anlagenkostenlimiten oder gemeinnützige Wohnungen erstellen.

Jürg Sollberger, Präsident der Wohnbaugenossenschaften Schweiz, Regionalverband Bern-Solothurn betont, dass gemeinnützige Wohnbauträger keine Subventionen erhalten, sondern angesichts der überhitzten Marktverhältnisse gezielte Förderinstrumente wie planerische Rahmen- und spezifische Baurechtsbedingungen benötigen.

Natalie Imboden, Präsidentin des GB, betont die Nachhaltigkeit der Initiative, da in gemeinnützigen Siedlungen pro Kopf weniger Wohnfläche verbraucht und haushälterischer mit dem begrenzten Boden umgegangen wird.

Das Initiativkomitee plant eine aktive Abstimmungskampagne. Es wird eine „Wohnzytig“ mit Hintergrundinformationen und Statements von Fachleuten an alle Berner Haushalte verteilt. Es gibt eine Plakatkampagne mit vier Sujets von Familien und Einzelpersonen, die in einer Berner Wohnbaugenossenschaft oder gemeinnützigen Siedlung leben. Geplant ist eine spannende Podiumsveranstaltung mit Pro-, aber auch kritischen Gegenstimmen am 23.04.2014 im Hotel Bern. Weitere Informationen: www.wohnenfueralle.ch

Die Initiative wurde lanciert von:

Gewerkschaftsbund (GSB), Grünes Bündnis (GB), Grüne Freie Liste (GFL), Mieterinnen- und Mieterverband Kanton Bern und Regionalgruppe Bern und Umgebung (MV), Junge Alternative (JA!), Junge Grüne, JUSO, Sozialdemokratische Partei (SP), VCS Regionalgruppe Bern, Wohnbaugenossenschaften Schweiz, Regionalverband Bern-Solothurn

Für Rückfragen zu den Argumenten:

Margrith Beyeler, 079 259 30 59

Edith Siegenthaler, 077 405 34 21

Lukas Gutzwiller, 076 462 3107

Jürg Sollberger, 031 359 31 19

Natalie Imboden, 079 706 62 84

Weitere Informationen:

Seraphine Iseli, Kampagnenkoordinatorin, 079 306 46 47, info@wohnenfueralle.ch